

Politische



Zeitung

15 Pfennig

Gründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölftal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitschilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurznachricht der Berliner Börsen und amerikanischem Fundament, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarisches und Umsehen, Recht und Leben, Turnen - Sport - Spiel. Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1,- Goldmark durch unsere Boten. Bezugs durch die Post 1,50 Goldmark. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark; min-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen min-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein Chefredakteur Georg Bernhardt, Vossische Redakteur (im Amt d. Handelsbl.) Carl Michael, Berlin, Frankfurter Manuscripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech Zentrala. Ullstein, Amt Schloß 900-393, für den Fernverkehr Amt Schloß 998-399, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 666

Herriots Außenpolitik gebilligt.

Vertrauensvotum der Kammer.

Redaktionsdienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 26. Juni.
Die Kammer sprach heute mit 397 gegen 27 kommunistische Stimmen unter völliger Einmütigkeit der Rechten dem Ministerpräsidenten für Vertrauen aus.

Sein Genat gab heute Ministerpräsident Herriot Erklärungen ab über die Resultate der Londoner und Brüsseler Konferenzen. Er ging zu Anfang auf die Anfragen ein, die der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten Lucien Hubert über die militärische Befugnis sowie die Beziehungen zwischen Frankreich und den andern alliierten Staaten eingehend brachte.

„Ich habe mich nach Heurers begehren“ erklärte Herriot, „auf die freundliche Einladung des englischen Ministerpräsidenten hin, um mit ihm die Beziehungen zu prüfen, unter welchen das Sachverständigen-Gutachten in die Praxis umgesetzt werden kann. Ich habe Vertrauen in die Annahme dieses Planes. Es ist augenfällig, daß die Alliierten durchgehen müssen, daß ihr Einfluß auf Deutschland einen Sanktionsrat behalte.“

Was die militärische Befugnis der Ruhr angeht, so war keine Ausdehnung der Wehr, die Freiheit der französischen und belgischen Regierungen zu bestatigen. Man möchte Befestigungen, Deutschland gesenken. Das Sachverständigen-Gutachten war. MacDonald hat mich verärgert, daß für den Fall, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen sollte, Großbritannien als Schlichter des Streites sich lediglich verpflichtet, sich an die Seite der Alliierten zu stellen. (Leb. Beifall.)

Was haben die Projekte zu prüfen gehört, noch wichtiger die eventuellen Verpflichtungen Deutschlands eingehend zu prüfen, aber unsere Befürchtungen mußten sich auch mit der Mitarbeit Englands an der Aufrechterhaltung des Friedens beschäftigen und mit einer Garantie für Frankreich gegen einen Angriff seitens Deutschlands.

Sie hätte unter keinen Umständen die durch den Treibensvertrag gewonnene Sicherheit aufgeben können. Was die Revisionen angeht, die der franco-belgischen Regie unterliegen, so werden die Bedingungen ihrer Sicherheit den militärischen Sachverständigen unterbreitet werden. (Lebhafte Bewegung.) Damit Europa in Frieden lebe, müßte Deutschland einwilligen werden. (Leb. Beifall.)

Erklärungen und Verpflichtungen können nicht gegeben (Bewegung.) Ich habe mich in diesem Punkt haben überlegen können, daß die Ansicht MacDonalds mit der meinigen völlig übereinstimmt, daher konnte die Note, die von mir und MacDonald an Deutschland gerichtet wurde.

Unsere belgischen Freunde, die so oft an der Einheit zwischen Frankreich und Deutschland mitgearbeitet haben, haben sich über diesen Entschluß gefreut, der ihnen, kaum daß er erlassen wurde, mitgeteilt wurde, denn unsere Mitteilungen sind im gemeinsamen Interesse der Alliierten und dienen zur Festlegung der Einheitsfront der Alliierten.

Francis und Humans haben sich, nachdem sie im Einzelnen über unsere Unterhaltung unterrichtet waren, noch nicht mit einander einverstanden erklärt. In keinem Augenblick und über keinen Punkt gab es die geringste Schwierigkeit. Der Augenblick wäre schnell gekommen, für Deutschland einen neuen Verhandlungsmodus zu suchen. Es liegt in seinem Interesse, so schnell wie möglich die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung des Dawes-Planes zu treffen. Dann kommt die Einberufung einer Konferenz.

England wünscht, daß Deutschland sich schriftlich verpflichten soll. Ich habe alle Maßnahmen getroffen, damit durch diese Verpflichtung keine Änderungen im Frieden von Versailles vorgenommen werden. (Leb. Beifall.)

Sie haben ebenfalls geglaubt, die Frage der internationalen Beziehungen aufzuwerfen zu müssen. MacDonald ist der Ansicht, daß sie unvorzählbar mislukieren werden müßte. Ich habe betont und auch wieder betont, in wieviel unangenehmer Lage sich Frankreich befinden würde, wenn in diesem Punkt keine schnelle Lösung erreicht würde. Ich habe Ihnen getrennt die erreichten Resultate wiedergegeben. Ich habe mich durch teils Einzelne, teils endgültige Abkommen verpflichtet und habe die Rechte des Parlaments geschützt. Das beste Resultat dieser Verhandlungen ist die Feststellung des gemeinsamen Willens der Vertreter Englands, Frankreichs und Belgiens, den Frieden auf der Basis der Vorrangigkeit wiederherzustellen.

Was haben erklärt, daß an dem Tage, an dem Deutschland seinen Verpflichtungen, die ihm der Treibensvertrag auferlegt, nachkommen sein wird, es von ihm allein abhängt, in den Alliierten einzutreten. Wir haben uns darüber verständigt, daß,

wenn Deutschland loyal ist, es nicht beunruhigt werde. Wenn es aber nicht loyal ist, es nicht verurteilt werde. (Stimmlicher Beifall links.) In den Verhandlungen, die eingeleitet wurden, und die fortgesetzt werden sollen, werden wir unter keinen Umständen erlauben, daß Frankreich zu Schaden kommt. (Stimmlicher Beifall links.)

Daraufhin erklärte Senator Hubert, daß der Ministerpräsident zwar nicht auf alle seine Fragen geantwortet habe, daß er aber im großen und ganzen mit seinen Erklärungen einverstanden sei. Der Senatorpräsident erklärte daraufhin, daß mehrere Senatoren die Regierung über ihre auswärtige Politik zu interpellieren gedenken. Auf Wunsch des Ministerpräsidenten Herriot wurde die Diskussion der Interpellationen auf den 8. Juli festgesetzt. Zum Vizepräsidenten wurde Senator Jeanneney gewählt. Die Sitzung wurde benachlässigt aufgehoben, und Herriot begab sich in die Kammer.

Riob gegen MacDonald.

In der Kammer nahm heute nach der Wahl von drei Vizepräsidenten der frühere Minister Riob das Wort. Er erklärte, er habe nicht die Absicht, den englischen Premierminister in der Person des Herrn Herriot zu interpellieren, aber er glaube, die französischen und englische Politik vergleichen zu müssen. MacDonald habe erklärt, daß unter keinen Umständen die Steuerregelung Englands und den Dominions Schaden einbringen werde. Wenn jetzt aber das Sachverständigen-Gutachten in Kraft trete, sei Frankreich der Gefahr ausgesetzt, einen Schaden zu erleiden, dem die Senatoren, die ihm nach diesem Gutachten zustimmen sollten, seine geringere als diejenige, die der Londoner Schlichtungsplan verschafft. (Zustimmung des Englischen Abtes Des St. Germain der Ruhr) „Was wird mir, fragt Riob, mit den Micrum-Verträgen geschehen? Werden sie verlängert? Ist die Regierung bereit, Verhandlungen über das im Januar ablaufende Sanktionsvotum mit Deutschland zu beginnen? Was die Sanktionsvotum angeht, so fragt der Redner, durch was die Kontrollmissionen erfüllt werden.“

Über den Sanktionsrat wurde Herriot sich und Klar äußern. Die Zulassung Deutschlands nach Belgien und ebenfalls nach der Ansicht des Redners sehr zufällig, wenn es allen seinen Verpflichtungen nachkommen sein werde. Wann wird das linke Bureaufür geräumt?

Nach ihm bestieg Herriot die Tribüne und verlas die folgende Erklärung, die er bereits im Senat verlesen hatte. Sie wurde nicht mit dem lebhaftesten Beifall der Linken aufgenommen, denn man hätte erwarten sollen. Der Kommunist Sch in stellte daraufhin den Antrag, die Ansicht des früheren Ministers Riob in eine Interpellation umzuwandeln. Herriot widersetzte sich dem und erklärte, er könne weiter nichts mitteilen, als was er bereits gesagt habe. Er stelle die Verantwortung, was, die zu dem eingangs gemeldeten Ergebnis führen.

(Siehe auch zweite Seite.)

Kellogs Konferenzmandat.

Redaktionsdienst der „Vossischen Zeitung“

al New York, 26. Juni.

Ein offizielles Kommuniqué aus dem Weißen Haus erklärt mit Bezug auf die Einladung, die dem englischen Ministerpräsidenten, dem amerikanischen Vizepräsidenten in London richtete, an den Londoner Konferenz der alliierten Premierminister teilzunehmen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten dem Vizepräsidenten Kellog die Befugnis gegeben habe, an der Konferenz teilzunehmen als persönlicher Vertreter des Präsidenten Coolidge, um über Angelegenheiten, die amerikanischen Interessen betreffen, zu verhandeln, und für Zwecke der Informalität. Die Regierung der Vereinigten Staaten wünscht eine förmliche Vereinbarung des Dawes-Planes und hat großes Interesse für die militärische Erholung Europas. Oberst Logan, der mehrere Male insoffizieller Vertreter der Vereinigten Staaten gewesen ist, wird entsandt werden, um dem Vizepräsidenten Kellog zu unterstützen.

Eine Washingtoner Information besagt, daß die Vollmacht des Vizepräsidenten Kellog, dem die Instruktionen, die er vom Präsidenten Coolidge empfangt, ähnlich lauten, wie es beim früheren Vizepräsidenten Harzen der Fall war, als dieser am Obersten Bitt in Paris teilnahm.

Was das Rheinland erwartet

Von Hugo Boettgen, Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Köln, 25. Juni.
Die jüngste Entfaltung der auswärtigen Politik hat im besetzten Gebiet ein Vorgefühl wiederkehrender Vertrauens aus eine endgültige Wendung zum Besseren ausgeflößt. Von der Entfaltung eines bilaterale Optimismus ist allerdings einfließen nichts zu sehen. Schwärzliche Erfahrungen und störende Not haben die Übergröße Mehrheit der Bevölkerung immer gemacht gegen vorläufige Erwartungen. Es ist auf beständigeren Rheinfront, sei es auf solchen Ueberrang des „Sicherheits“ in Zusammenhang. Es wäre unglücklich, wenn die englischen und französischen Politiker glauben könnten, daß der St. Bauer der antifranciaisichen Wünsche, gar im Rheinland und Ruhrgebiet beginnend, mit der Geschwindigkeit einer Sebelumstellung erledigt könnte. Die Seele der Wähler liegt nicht mit einem Plinkieren umfassen, kaum nicht, wenn die hochgebürge Einheiten und Unterstellungen französischer Militärs und Generalpolitik, für die Herr Herriot nicht verantwortlich ist, in die eingefahren haben. Wasden wir uns das klar, wie lange es in Frankreich gedauert hat, bis die Verhältnisse auch nur zu einer wahren Liquidierung des positiven Widerstandes herangereicht waren.

Die psychologische Situation stellt sich daher, vom besetzten Gebiet aus gesehen, so dar, daß die Entente durch eine hartnäckige Politik des guten Willens gegenüber Deutschland das Spiel dazu beitragen muß, das Vertrauen der Deutschen zu wecken und zu heften. Zumal die französische Regierung kann in einigen für die nächsten Gebiete besonders wichtigen Fragen durch rasche Entgegenkommen die Entspannung befördern.

Im rheinischen Provinzialparlament hat vor einigen Tagen ein Abgeordneter die Hoffnung ausgesprochen, ein guter Geist müsse dem französischen Ministerpräsidenten eingeben, daß er einen Unterschied zwischen Unzufriedenen und Beunruhigten untersteht, und daß alle Ausgewiesenen und Beurlaubten ausnahmslos in ihr angestammtes Heimland zurückkehren können. Wenn Monate nach dem Abbruch des positiven Widerstandes öffnen sich die französischen und belgischen Offiziers, um einen Teil der Beurlaubten freizugeben. Ein großer Rest und Beurlaubten von Ausgewiesenen waren aber noch auf die einwirkende Geste des französischen Reichesgefühls und des französischen Beldemutes. Möge Frankreich sie nicht entlassen.

Dann die Wirtschaft des besetzten Gebietes! Für den 30. Juni steht neuerdings die Beilegerung des Wismarertrates zur Abstufung. Bei den letzten Verhandlungen vor 14 Tagen wurde vereinbart, das nächste, ab 1. Juli, nicht mehr werden. Abkommen könne vorsehen, daß gewisse Entscheidungen in Bezug auf die Rohstoffe, die Zu- und Abfuhrangelegenheiten und andere in bezug auf entscheidende Taten am 16. Juni ab rückwirkende Kraft bekommen. Die französische Regierung hat erst 7000 in wenigen Tagen Gelegenheit, Entscheidungen zu gewinnen, indem sie auf Bestimmungen verzichtet, die nur ein Weiterleben des positiven Widerstandes darstellen, die mit der Finanzierung der Sachlieferungen selbst nicht zu tun haben und deren Befreiung die Verantwortlichen der Sachverständigen-Gutachten in seiner Weise vorweg belastet. Die französische Regierung würde durch Ermäßigung der Micrum-Lasten eine Befreiung des wahrhaft bedauernswerten Landes der Ruhrarbeiterschaft ermöglichen. Wie trotzdem es in den Auszahlungen der Ruhrarbeiterschaft ausreicht, wenn alle ausländischen Beobachter, die nach dem Ausbruch des Ruhrkampfes nach dem besetzten Gebiet gekommen sind, die letzten Ereignisse auf die Hand bekannt, reicht nicht für das Notbehelf. Es versteht sich von selbst, daß die Entscheidung der Wismartraten der Arbeiterschaft gestattet würde, ihre Forderungen trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten des Ruhrbezugs bei der Anbringung der Parmitte mit viel größerer Aussicht auf Erfolg zu vertreten. Die Ruhrarbeiterschaft weiß das selbst genau, und ihre Führer haben es den Wismartraten gegenüber wiederholt zum Ausdruck gebracht.

Schließlich ist es der einwirkende Wunsch der Rheinländer, daß die letzte französische Regierung ein klares Wort spricht zu der offenen und geheimen Unterhändler der rheinischen Sonderbündel durch gewisse Befreiungsorganen. Ueber ansichliche neue Funktionen des Exarminats Mathies werden Mitteilungen verbreitet, die auf seine Minderheit und große Gebiete stützen lassen. Es hat einen „Heinrich-Wilhelm-Friedrich-Wilhelm“ anstehend, der bereits anlässlich der „Postionen und Wismartraten“ eintritt, andererseits eine rheinische „Republikanische Liga“ organisiert. Ueber